

**- Es gilt das gesprochene Wort. -**

## **Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein**

### **Haushaltsrede 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,  
sehr geehrte Gäste im Saal und am Bildschirm,

Zu Beginn danke ich Frau Noll, Herrn Krämer und allen anderen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, herzlich für ihre gute und engagierte Arbeit.

Wir entscheiden heute über einen Haushaltsplan, der viel Schönes, Sinnvolles und als Konsequenz aus dem Wachstum unserer Stadt auch zwingend Erforderliches enthält.

In meinen folgenden Ausführungen werde ich mich auf eher schwierige und umstrittene Themen konzentrieren, anstatt die vielen Themen aufzulisten, zu denen breite Einigkeit besteht.

Vor dem Hintergrund steigender Schülerzahlen und kleinerer Klassen soll das Schulzentrum am Berliner Ring erweitert werden. Die aktuelle Baumaßnahme ist noch nicht abgeschlossen, da steht bereits die nächste Erweiterungs- und Umbaumaßnahme an.

In der Hauptstadt für Kinder steigt die Zahl der Kinder - und sie wird dies in den nächsten Jahren auch weiterhin tun. Das ist grundsätzlich gut so.

Dass wir für unsere Kinder optimale Schulen anbieten müssen und wollen, wird niemand ernsthaft bestreiten.

Auch wir halten 1 Gymnasium und 2 Gesamtschulen für ein sinnvolles Angebot an weiterführenden Schulen, haben aber erhebliche Bedenken gegen die Konzentration von 13 Zügen an einem Standort und lehnen daher das vorgelegte Konzept ab.

Selbstverständlich wird jedes andere sinnvolle Konzept auch mit erheblichen Kosten verbunden sein, die wir im Interesse unserer Kinder gerne mit tragen werden.

Dass die konkreten Kosten nicht benannt werden können, leuchtet ein. Ein grober Kostenrahmen sollte bei bekanntem Bedarf aber durchaus zu beziffern sein - nicht zuletzt damit der Haushaltsplan, über den wir heute zu befinden haben, einigermaßen realistisch sein kann.

Eine Investition in die Zukunft unserer Kinder ist zweifellos eine sinnvolle Investition. Bei anderen Vorhaben, die mit ebenso wenig konkreten oder erheblich gestiegenen Kosten verbunden sind, haben wir da erheblich größere Vorbehalte.

Mehr dazu später.

Nachdem im Sommer, laut Darstellung der Verwaltung auf Wunsch des Reitsportvereins der Erbbaurechtsvertrag für das Gelände am Werth aufgelöst werden und die Einrichtung eines Wohnmobilhafens einschließlich Glampingbereich eingerichtet werden sollte, haben CDU, SPD, Grüne und FDP in einem gemeinsamen Antrag eine Nutzung als natur- und bürgernahes Freizeitgelände vorgeschlagen - ausdrücklich nur für den Fall, dass der Verein trotz der gleichzeitig beantragten Unterstützung das Gelände nicht weiter nutzen kann. Nicht etwa, um dem Verein in den Rücken zu fallen, wie die Peto uns unterstellte, sondern weil uns diese Nutzung wesentlich sinnvoller erschien als der Glampingplan - nicht nur, weil das Wort Wohnmobilhafen ohne erhebliche Aufschüttung- bzw. Versiegelungsmaßnahmen wegen des zeitweise dort stehenden Wassers schnell eine ganz andere Bedeutung gewonnen hätte als gewünscht.

Die Peto lehnte unseren Vorschlag ab und legte einen eigenen Antrag, übrigens laut Ratsinformationssystem den ersten seit 2015, auf den Tisch. Demnach sollte untersucht werden, einen Teil der von uns vorgeschlagenen Nutzungen in unmittelbarer Höhe des

Spielplatzes einzurichten. Ein Vorschlag, dem wir nach kurzer Beratung, aber ohne Möglichkeit zur Abstimmung mit unseren Fraktionen zunächst zustimmten, da gleichzeitig der Glamping-Plan zurückgezogen und die Nutzung als Spielplatz eben zunächst nur untersucht werden sollte.

Nach Diskussion mit den Fraktionen lehnten wir den Antrag dann ab, weil die aktive Nutzung in der bewusst ungenutzten Übergangszone am Spielplatz indiskutabel ist. Die Peto stellte uns daraufhin als unsichere Kantonisten dar, weil wir nach ruhiger Diskussion zu einem anderen Schluss gekommen waren als nach dem spontanen Antrag. Wozu werden denn die Anträge in mehreren Gremien beraten?

Gemeinsam haben wir die Gründung der Monheimer Kulturwerke beschlossen, die wesentliche Teile der Aufgaben von Marke Monheim übernehmen sollen.

Da dieser Verein zu Zeiten einer deutlich schlechteren Haushaltslage mit einem erheblich geringeren Kulturangebot gegründet wurde, ist die Umstrukturierung sicher sinnvoll, ohne dass sie zwingend mit dem Bau und Betrieb einer Veranstaltungshalle verbunden ist. Auf diese werde ich später noch ausführlicher zu sprechen kommen.

Der gleiche Vorbehalt gilt auch für das Monheimer Musikfestival. Auch dies ein sinn- und reizvolles Projekt für unsere Stadt, aber auch ohne große Veranstaltungshalle denkbar, wie in den ersten Jahren ohnehin vorgesehen.

Nachdem wir zu Anfang des Jahres die Anschaffung von 3 Kunstwerken für Kreisverkehre beschlossen hatten einschließlich des etwas umstrittenen Monheimer Geysirs, sollte mit einer Interpretation der Gänseliesel durch Markus Lüpertz und einer Skulptur zu Ehren von Pfarrer Franz Boehm das ohnehin stattliche Budget für Kunst im öffentlichen Raum erheblich überschritten werden. Diese Überschreitung zu tragen waren wir nicht bereit. Im Rahmen der Diskussion schlug Lisa Pientak vor, dafür in den nächsten Jahren auf entsprechende Anschaffungen zu verzichten.

Ein Hoffnungsschimmer, dass auch in diesem Hause fruchtbare Diskussionen mit sinnvollen Ergebnissen möglich sind.

Weniger fruchtbar war dann beispielsweise die Diskussion um den Bebauungsplan Robert-Koch-Straße, in deren Verlauf von Peto und Verwaltung objektiv falsche Aussagen zu Geschossigkeit, deren Zusammenhang zum Maß der baulichen Nutzung und zum Schattenwurf gemacht wurden.

Ohne dazu weiter ausführen, möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass wir beispielsweise den Ausbau des Radschnellweges ausdrücklich begrüßen. Ebenso die städtebauliche Aufwertung im Bereich Busbahnhof mit einer besseren Verbindung zum Berliner Viertel, die wir seit Jahren fordern und dem Versuch, die städtebaulich verheerende Wirkung des Monheimer Tores zu mildern, wenn sie sich denn finanziell sinnvoll darstellen lässt. Ebenso begrüßen wir die Schaffung eines Kunsthouses in der Altstadt.

Auch im zu Ende gehenden Jahr haben wir zahlreiche Anträge gestellt.

Beispielsweise, die Dächer der städtischen Gebäude auf ihre Eignung für Dachbegrünung bzw. Photovoltaik zu untersuchen. Dies wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt, unter anderem mit dem Argument, dass sich die beiden Funktionen ausschließen. Einerseits hatten wir gar nicht beantragt, beide Funktionen auf denselben Flächen zu erfüllen - andererseits ist es dann auf dem Gesundheitscampus auf einmal doch möglich. Wohl auch, um den rücksichtslosen Umgang mit dem vorhandenen Baumbestand zu relativieren - und hier geht es bei Weitem nicht nur um die immer wieder diskutierte Kastanie.

Immerhin gab die Verwaltung zwischenzeitlich zu, dass diese Kastanie gefällt wird, weil sie nicht ins Konzept passt - und nicht wegen Krankheit, Altersschwäche oder anderer

vorgeschobener Gebrechen. Die Abwägung mag ja sogar legitim sein, aber man sollte zumindest ehrlich damit umgehen.

Der Gesundheitscampus ist auch eine gutes oder wie man's nimmt schlechtes Beispiel in Zusammenhang mit einem anderen - leider durch das Votum der Mehrheitsfraktion ebenfalls erfolglosen - grünen Antrag: der Erstellung eines Klimafolgenanpassungskonzepts. Der vergangene Sommer hat und mit seiner Hitze und Trockenheit einerseits und dem Bamberger Jahrhundertregen andererseits zu erwartende Folgen des Klimawandels deutlich vor Augen geführt - auch wenn das diesjährige Sommerwetter möglicherweise normalen Klimaschwankungen geschuldet war. Dass die Temperaturen allgemein steigen und sich solche Ereignisse häufen werden, bestreitet außer Herrn Trump und der AfD fast niemand mehr. Wir brauchen Frischluftschneisen, große Innenstadtbäume, Oberflächen, die ihre Umgebung abkühlen und nicht aufheizen, Freiflächen, weniger und nicht mehr Versiegelung, Dach- und Fassadenbegrünungen - und wir brauchen ein Konzept, das diese und viele andere Maßnahmen bündelt und dann auch beachtet wird. Unbestritten gibt es hier positive einzelne Ansätze - beispielsweise Dachbegrünungen und Solaranlagen in Bebauungsplänen, wo sie noch vor wenigen Jahren angeblich nichts zu suchen hatten, aber eben kein konsequentes Konzept, wie es in vielen anderen Städten auch existiert oder in Arbeit ist. Zum Beispiel in Langenfeld, dessen Klima sich nicht wesentlich von unserem unterscheidet.

Um sich nicht nur an die Folgen des Klimawandels anzupassen, sondern diesen zu bremsen, bedarf es auch der schnellen und konsequenten Umsetzung und Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts und auch Maßnahmen, die dort noch nicht erwähnt sind. Auch vor dem Hintergrund der zahlreichen öffentlichen und privaten Bauprojekte in Monheim ist dies von besonderer und wachsender Bedeutung.

Dies ist eine der wesentlichen Aufgaben des Klimaschutzmanagers. Mittlerweile wird er angeblich in alle städtischen Projekte einbezogen, was noch vor kurzem nach Auskunft der Verwaltung nicht seine Aufgabe war und wozu er auch keine Zeit hatte. Woher er die auf einmal nehmen soll, ist nicht überliefert.

Derzeit ist die Stelle eine der wenigen befristeten.

Da die Bedeutung des Klimaschutzes mit Sicherheit nicht sinken wird, haben wir beantragt, zu seiner Unterstützung und zur Gewährleistung eines fließenden Übergangs bereits im kommenden Jahr eine neue, unbefristete Stelle zu schaffen.

Abstimmungserfolg: Fehlanzeige

Für die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Monheimer Erfolge sind mehrere unbefristete Stellen möglich, für den Klimaschutz nicht.

Auch unser Antrag, regelmäßig in einem Energieaudit die Energieverbräuche und deren Veränderung für alle Liegenschaften der Stadt und ihrer Töchter durchzuführen, wurde von der Peto abgelehnt.

Die Verbrauchsdaten müssen ja vorliegen. Ihre systematische und zusammenhängende Erfassung böte eine gute Grundlage in Zusammenhang mit Klimaschutzkonzept und Energiemanagement.

Wir haben beantragt, die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs auf Grundschulkindern auszuweiten; nicht nur um das umweltbelastende und teilweise gefährliche Thema Elterntaxi besser in den Griff zu bekommen.

Beschlossen wurde die Einberufung eines Arbeitskreises zur Lösung der Elterntaxi-Problematik, nicht aber die kostenlosen Tickets, obwohl diese nach unserer Überzeugung erhebliche Vorteile hätten. Mit dem Bus könnten die Kinder beispielsweise auch bei Regen trocken und unabhängig zur Schule und auch zu Freizeitaktivitäten kommen. Die Gefahren der Elterntaxis zu verringern löst nicht das grundsätzliche Problem.

Ebenfalls abgelehnt wurde unser Antrag, dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach alternativen Bestattungsformen nachzukommen und auf dem Waldfriedhof Flächen für Baumbestattungen zu ermitteln zur Verfügung zu stellen. Immerhin wurde von der Verwaltung zugesagt, das Thema mittelfristig im Auge zu behalten.

Gemeinsam mit der CDU- und SPD-Fraktion und mit Herrn Wölk haben wir beantragt, im Zuge der Verhandlungen über das Wegerecht für das Fernwärmenetz auch die Möglichkeiten für Kunden, vom Versorgungsverhältnis zurückzutreten und diese zu informieren und zu beraten. Im gleichen Zuge haben wir ein Förderkonzept für energiesparende Heiztechnik, gerne auch unter Nutzung regenerativer Energien aufzulegen. Auch dieser Antrag wurde von der Peto abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, das Förderkonzept sei nicht konkret genug dargestellt.

Auch wenn es nicht Aufgabe der Politik ist, fertige Konzepte vorzulegen, sondern sie vorzuschlagen und dann nach möglichst sachlicher Diskussion zu einer ebenso sachlichen Entscheidung zu kommen, haben wir das Förderkonzept dann wesentlich konkreter gefasst und die Zielgruppe, die zu fördernden Maßnahmen, die Art der Förderung und die Konditionen ziemlich genau beschrieben - selbstverständlich offen für Änderungen und Konkretisierungen.

Gefiel dann aber auch nicht, unter anderem, weil die Förderung nicht nach Anlagen- und Gebäudegröße gestaffelt ist. Dass sich bei einer 10%igen Förderung automatisch die Förderung mit der Anlagengröße erhöht, hielten wir für ziemlich logisch. Für Anlagen in der Größenordnung von Einfamilienhäusern haben wir Pauschbeträge vorgeschlagen, um die Förderung möglichst niederschwellig und einfach zu halten - anders als bei anderen Förderprogrammen, die so kompliziert sind, dass mögliche Empfänger vor der Beantragung zurück schrecken.

Antrag abgelehnt.

Nicht besser erging es dem grünen Antrag, mit verschiedenen Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt, in dem wir u.a. pollen- und nektarhaltige Pflanzen auf öffentlichen Grünflächen, die Einschränkung der Düngung im Interesse der Artenvielfalt und eine Broschüre über die Bedeutung von Privatgärten als Rückzugsraum für Insekten und Vögel vorgeschlagen hatten. Im Wortbeitrag des Bürgermeisters wurde dann praktisch jeder einzelne unserer insgesamt 9 nach seinen Worten ohne Bezug zu Monheim zusammengesuchten Vorschläge als Mumpitz dargestellt und der Antrag von der Peto abgelehnt.

In der anschließenden schriftlichen Darstellung der Verwaltung wurde dann allerdings deutlich, dass ein Teil der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bereits umgesetzt werden - nicht alle und nicht im von uns gewünschten Umfang, aber durchaus in der richtigen Richtung. Was die Pauschalverunlimpfung in der Sitzung umso überflüssiger und ärgerlicher machte.

Auf der begrenzten und weit gehend ebenen Fläche unserer Stadt ist das Fahrrad in unserer Stadt eigentlich das optimale Verkehrsmittel. Zur beschleunigten Umsetzung des Radverkehrskonzepts haben wir beantragt, die entsprechenden Mittel ab 2019 auf 200.000€ anzuheben. Leider wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Natürlich wäre die Realisierung einiger Anträge, auch im Zuge der Haushaltsplanberatungen, mit Kosten verbunden gewesen, aber nach unserer Überzeugung sinnvoll und erforderlich im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Verantwortung für das lokale und globale Klima.

Wir werden uns auch weiterhin für die genannten Themen einsetzen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt unserer Arbeit wird auch weiterhin sein, dass unsere Stadt bei der zukünftigen Entwicklung ihren Charakter nicht verliert und Monhatten ein Karnevalsmotto bleibt und nicht zur Realität wird.

Dazu gehören der Erhalt und die Aufwertung von Frei- und Grünflächen und von wertvollen Bäumen und eine maßstäbliche Bebauung.

Wir müssen die Grenzen unseres Wachstums untersuchen und anerkennen und bei jeder zukünftigen Maßnahme im Auge behalten. Mehr Gewerbe bedeutet mehr Verkehr beziehungsweise mehr Wohnraum, mehr Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten usw. - und das Alles auf der begrenzten Fläche unserer Stadt.

Mit der Einführung des Ratsfernsehens wurde die schriftliche Dokumentation der Rats- und Ausschusssitzungen auf reine Ergebnisprotokolle beschränkt, da die Diskussionen ja ungefiltert nachvollzogen werden können. Dumm nur, dass neben den Beiträgen der Kolleginnen und Kollegen, die kein Einverständnis zum Videostreaming gegeben haben, auch die kompletten nichtöffentlichen Sitzungen nicht mehr nachvollziehbar waren.

Daher haben wir in einem weiteren Antrag gemeinsam mit CDU, SPD und FDP gefordert, die nichtöffentlichen Sitzungsteile wieder zu protokollieren.

Nachdem ich im Laufe der Diskussion vorgeschlagen hatte, die Video-Aufzeichnung auf den nichtöffentlichen Teil zu erweitern - natürlich geschützt - wurde der Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen mit der Aufgabe an die Verwaltung, diese Lösung zu untersuchen und vorzustellen. Dies ist dann geschehen und einstimmig beschlossen worden.

Ein Beispiel für eine sinnvolle Diskussion und Lösung. Geht doch.

Der sogenannte verlorene Zuschuss zur Revitalisierung und Neupositionierung des Rathauscenters wird sich laut dem 2. Nachtragshaushalt für 2018 und der eben diskutierten Vorlage von 15 auf 35 Millionen gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 133% erhöhen. Wie sich diese Kosten genau zusammensetzen und wie sich diese Erhöhung erklärt, weiß man nicht. Alle Bieter im Verfahren für die Revitalisierung gehen bei völlig unterschiedlichen Konzepten von den gleichen Baukosten aus, ohne dass auch nur ansatzweise erklärt wird, wie diese ermittelt wurden. Natürlich ist dann auch nicht nachvollziehbar, wie sich die völlig unterschiedlichen Projektierungskosten erklären.

Eine Vorgehensweise, die mir als Architekt jeder private Bauherr, der 1-2% der hier in Rede stehenden Kosten investiert, mit Fug und Recht um die Ohren schlagen würde.

In diesem Zusammenhang ist auch schleierhaft, warum die Projektskizze zur heutigen Sitzung nur aus einer Seite besteht und nicht wenigstens die vorliegende Präsentation beigefügt wurde.

Bezuschusst wird eine städtische Tochtergesellschaft. Will sagen, die Stadt trägt offiziell nur einen Teil der Kosten und lagert die Verbindlichkeiten an Tochtergesellschaften aus.

Formell wahrscheinlich korrekt, aber nicht das, was wir und die Bürger sich unter Schuldenfreiheit vorstellen.

Dass das Rathauscenter dringend einer Neustrukturierung bedarf, steht völlig außer Frage, aber mit welchem Aufwand?

Auch das Mona Mare ist zweifellos in die Jahre gekommen und muss optimiert werden. Hierzu wurde im Haupt- und Finanzausschuss eine Projektskizze vorgelegt, die mit Kosten von ca. 29 Mio. € beziffert wurde, einschließlich Zweitrutsche, Duschstraße und Wellenbecken.

Auch diese Kosten sollen über Eigenkapitalzuschuss und Kreditaufnahme der entsprechenden Tochter der Stadt finanziert werden. Eine Alternativplanung mit Optimierung des bestehenden Gebäudes und Angebots, aber ohne umfangreiche Erweiterung verursacht laut der gerade vorgelegten neuen Vorlage Kosten von ca. 19 Mio. €, also immerhin ca. 10 Mio. weniger. Auch hier sind Vereinsschwimmen u.a. während des Umbaus ohne Wellenbecken möglich.

Im Interesse des städtischen Finanzen und überschaubarer Eintrittsgelder für unsere Bevölkerung halten wir die "kleine" Lösung für sinnvoller.

Auch hier ist die Vorlage im Verhältnis zur Investition dürftig und es ist unverständlich, warum die Alternativlösung erst auf Nachfrage vorgelegt wurde.

Wie sich auch im Rahmen der beiden Architekturgremien zu den vorgelegten Entwürfen für die ehemalige Fassabfüllhalle zeigte, wäre der Umbau zu einer Veranstaltungshalle zweifellos ein äußerst reizvolles Projekt.

Dieser Umbau war im Haushaltsplan für 2019 mit 29 Mio. € enthalten, obwohl schon bei Aufstellung des Plans bekannt war, dass dieser Betrag bei Weitem nicht ausreichen wird, wobei die erheblichen Kosten für den fahrenden und ruhenden Verkehr noch gar nicht enthalten sind. Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird, liegt bis heute kein vollständiger Wirtschaftsplan, erst recht nicht auf Grundlage der deutlich höheren Kosten, und auch kein vollständiges Verkehrskonzept mit entsprechenden Kosten vor.

Selbst wenn unsere Straßen dann in Zukunft eine Erreichbarkeit der Halle ohne unzumutbare Staus für die Hallenbesucher ermöglichen sollten, ist die Belastung der Menschen und der Umwelt durch den zusätzlichen Verkehr nicht hinzunehmen. Dass die Halle nur zu einem geringen Teil von Monheimern besucht wird und die auswärtigen Besucher in aller Regel mit PKWs anreisen werden, bestreitet auch kein Befürworter des Projekts.

Mittlerweile stehen die 29 Mio. nicht mehr im Haushalt, sondern auch hier eine Beteiligung an einer städtischen Tochter, die das Objekt dann über einen Kredit finanzieren soll.

Inhaltlich würden wir dem Projekt gerne zustimmen - vor dem Hintergrund der Kosten und finanziellen Risiken und der Verkehrsbelastung können wir das leider nicht.

Es ist nicht hilfreich, wenn im Haushalts-Entwurf wissentlich zu geringe Kosten für eine solche Maßnahme angesetzt werden. Der Hinweis bei Einbringung des Haushalts, dass die genauen Kosten noch nicht bekannt sind, macht es auch nicht besser - auch nicht, dass die Finanzierung über einen Eigenkapitalzuschuss für die Kulturwerke als Grundlage für deren Kreditaufnahme erfolgen soll.

Die Kulturwerke werden, auch gerade wegen der Halle, auf absehbare Zeit ein Zuschussbetrieb bleiben mit einem erheblichen Kreditvolumen.

Die Kosten und das Risiko, sind in jedem Fall zu hoch, egal ob von der Stadt oder von einer Tochter getragen.

Nominell mag die Stadt selbst durch Auslagerung der Verbindlichkeiten an Töchter schuldenfrei bleiben - de facto sieht es anders aus. Siehe oben.

Wir diskutieren allein bei den drei zuletzt genannten Maßnahmen über ein Volumen von mehr als 100 Mio. €. Hinzu kommen unter anderem die unbekanntenen Kosten für die Erweiterung des Schulzentrums am Berliner Ring.

Zu wesentlichen Projekten wurden die die Vorlagen erst am späten Montagnachmittag vorgelegt. Wie soll man sich da angemessen vorbereiten?

Nur ein Teil der Kosten taucht im städtischen Haushalt auf und sorgt dafür, dass die Liquidität weiter sinkt.

Die Schulden werden an städtische Töchter ausgelagert. Die Stadt selbst bleibt vielleicht nominell schuldenfrei, der Konzern Stadt mit seinen Töchtern bei Weitem nicht.

Die Kulturwerke sind in der Darstellung der Finanzlage der städtischen Töchter im Haushaltsplanentwurf übrigens ebenso wenig erfasst wie die Gesellschaften für das Rathauscenter.

Selbstverständlich ist es erfreulich, dass das Eigenkapital einschließlich der Immobilien kontinuierlich wächst - und genauso selbstverständlich macht es mehr Spaß, Geld in Infrastrukturmaßnahmen zu investieren als es zu unattraktive Zinsen auf die hohe Kante zu legen.

Wir haben uns aber verpflichtet, eine Liquiditätsrücklage zu bilden - und das aus gutem Grund. Und eben diese Rücklage schmilzt in den kommenden Jahren bedenklich und landet bei Einbeziehung der Unbekannten wahrscheinlich bei null oder sogar darunter.

Ich werde mir wahrscheinlich vorhalten lassen müssen, ein kleingeistiger Spaßverderber zu sein, aber der Tag kann kommen, an dem die Kreisumlage, die sich auf zurück liegende Einkünfte bezieht, die aktuellen Einnahmen übersteigen wird - und dann wird der Kreiskämmerer kein Glasfasernetz, keine Veranstaltungshalle und auch keine Schulgebäude fordern, sondern liquide Mittel.

Welche Folgen beispielsweise die Umstrukturierung bei Bayer und die Senkung der Gewerbesteuer in Langenfeld haben werden, kann heute noch niemand seriös beurteilt werden.

Vielleicht habe ich mit meinen Befürchtungen Unrecht. Schön wär's.

Wir haben auch in diesem Jahr die meisten Maßnahmen mit getragen, weil sie im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger sinnvoll bzw. beispielsweise vor dem Hintergrund der steigenden Kinderzahl in unserer Stadt erforderlich waren und sind. Ob wir jede Entscheidung so getroffen hätten, wenn wir immer genau über die Auswirkungen auf unsere Liquidität informiert worden wären, sei dahin gestellt.

In früheren Zeiten stand übrigens direkt im Kopf der Vorlagen, welche Kosten die zu entscheidende Maßnahme verursachen wird. Jetzt findet man die entsprechende Angabe teilweise nicht mal im Text. Teilweise auch, weil sie schlichtweg noch nicht bekannt sind.

Wichtige Entscheidungen mit erheblichen Konsequenzen für den städtischen Haushalt und die Tochtergesellschaften wurden noch heute auf die Schnelle getroffen. Gelegenheit, uns in angemessenem Umfang mit den Vorlagen und den Auswirkung auf den Haushalt zu beschäftigen, hatten wir nicht.

Ein Haushaltsplan, in dem diese umfassend und aktuell dargestellt werden, liegt nicht vor. Erhebliche Belastungen und Verbindlichkeiten werden auf städtische Töchter ausgelagert.

Der vorliegende Haushaltsplan ist nicht aktuell und er ist nicht komplett, auch weil realistische Kosten für teure Projekte noch nicht enthalten sind.

Er ist nicht transparent, auch weil erhebliche Verbindlichkeiten auf Tochtergesellschaften ausgelagert werden.

Sicher nicht auf Grund der Arbeit von Frau Noll und Herrn Krämer, sondern aus politischen Gründen.

Wir müssen ihn ablehnen, auch wenn wir viele der enthaltenen Maßnahmen mit beschlossen haben und mit tragen.

Positiv anzumerken ist abschließend, dass, auch im Zuge der Haushaltsplanberatungen, immerhin der ein oder andere Antrag und Beitrag nicht mehr ganz so pauschal beiseite gewischt wurde wie in der Vergangenheit.

Ein zartes Pflänzlein zum Weihnachtsfest.

In diesem Sinne:

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2019!